

Forderungspapier für eine gelingende berufliche Ausbildung von Menschen mit Fluchterfahrung

Gemeinsam im Rahmen des Forschungsprojekts
„laeneAs“ entwickelt

GEFÖRDERT VOM

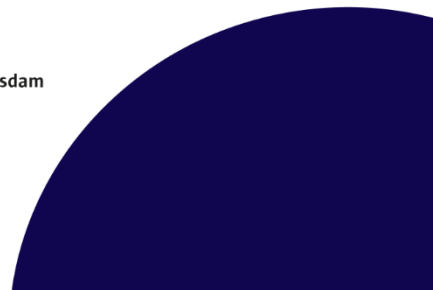


Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

RAHMENPROGRAMM
EMPIRISCHE
BILDUNGS-
FORSCHUNG

FH;P

Fachhochschule Potsdam
University of
Applied Sciences



Hintergrund: Was ist „laeneAs“?

Das vom BMBF geförderte Forschungsprojekt „laeneAs – ländliche Bildungsumwelten junger Geflüchteter in der beruflichen Ausbildung“ zielt sowohl auf die Identifikation von Bildungsbarrieren als auch auf die Förderung gelingender Bildungswege von geflüchteten Jugendlichen in der beruflichen Ausbildung. Wir wollen lokale Akteur*innen und junge Geflüchtete in Ausbildung zusammenbringen, um gemeinsam mit ihnen die Berufsausbildung zu beforschen und weiterzuentwickeln. Ihre lebensweltliche Expertise bringen sie sowohl für die Analyse struktureller, gesellschaftlicher und individueller Bildungsbarrieren als auch in den Praxistransfer ein. Dadurch wird eine forschende Weiterentwicklung von Bildungsangeboten in Richtung von Best-Practice-Modellen für ein erfolgreiches Begleiten der beruflichen Ausbildung ermöglicht.

Für das Projekt laeneAs arbeitet die Fachhochschule Potsdam im Verbund mit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und führt in Bayern und Brandenburg an jeweils zwei Orten Reallabore durch. In Bayern sind dies die Landkreise Schwandorf und Eichstätt.

Den methodischen Kern des Projekts bilden – neben den Peer Research-Groups der Auszubildenden mit Fluchterfahrung– mehrere Workshops in Form von Zukunftswerkstätten und Gruppendiskussionen. In diesen bringen wir die Erfahrungen zentraler Akteur*innen in den formalen, informellen und non-formalen Lern- und Lebenswelten geflüchteter Jugendlicher zusammen. Schritt für Schritt werden Herausforderungen erfasst, Ziele für die Zukunft formuliert und Ideen entwickelt, um diese Ziele praktisch umzusetzen.

Weitere Informationen zum Projekt sind verfügbar unter:

www.laeneas-bildungsumwelten.de

Im Zuge dessen wurde gemeinsam mit geflüchteten Jugendlichen/jungen Erwachsenen im Rahmen der Arbeit in den Peer Groups, als auch mit den Praxispartner*innen in den Workshops, eine Forderungsliste entwickelt. Die Forderungen richten sich an die bildungspolitische Praxis, um eine gelingende Ausbildung für Menschen mit Fluchterfahrung zu ermöglichen.

Die Forderungen im Einzelnen:

- **Aktives Vorgehen gegen Rassismus und Diskriminierung** in der Gesellschaft, Schule, im Betrieb, im öffentlichen Verkehr und an öffentlichen Plätzen, v. a. im ländlichen Raum; Förderung eines positiven Miteinanders in der Gesellschaft:
 - Durch aufklärende Öffentlichkeitsarbeit, in sozialen Medien und im öffentlichen Raum: Wo beginnt Rassismus & Diskriminierung? Was genau ist das? Anzeichen/Folgen? - Präventive Maßnahmen durch (Plakat-)Kampagnen
 - Verpflichtende Teilnahme an Fortbildungen für Mitarbeiter*innen von Behörden zu Rassismus, Diskriminierung und Critical Whiteness
 - Antidiskriminierungsstelle mit 40h/Woche pro 100.000 Einwohner*innen
 - Investitionen in Bundes- und Landesprojekte
- Mehr **Freiheit für Menschen mit Fluchterfahrung**: Bewegungsfreiheit in unterschiedlichen Landkreisen und Bundesländern, Arbeits- und Beschäftigungserlaubnis für alle, Möglichkeit ein Konto eröffnen und sich eine eigene Wohnung suchen zu dürfen. Investitionen in Wohnraum. Weniger Druck hinsichtlich eines Einkunftsnachweises, besonders für Menschen in Bedarfsgemeinschaften. Gemeinschaftsunterkünfte stellen keine adäquate Unterbringungsform dar, eine solche Wohn- bzw. Lebenssituation führt zu starken physischen und psychischen Belastungen.
 - Aufklärung bei Ankunft über Rechte und Pflichten sowie benötigte Dokumente
 - Dezentrale Unterbringung statt Asylheime – besonders im ländlichen Raum
 - Lernumgebungen ermöglichen und schaffen
 - Inklusion statt Integration leben
 - Aufenthaltssituation schneller klären
- **Sicherheit schaffen**, indem aufenthaltsrechtliche Dokumente frühzeitig und für längere Zeiträume ausgestellt werden und kein negativer Stress durch drohende Abschiebungen entsteht. Dies ist unerlässlich, um gut durch die Ausbildung zu kommen, das Gefühl zu haben, Teil der Gesellschaft zu sein und auch tatsächlich in Deutschland anzukommen und zu leben.

- Mehr psychologische Betreuung finanzieren an Berufsschulen und allgemein
- Rechtliche Perspektiven schaffen statt Abschiebung
- Schule als sicherer Ort vor Abschiebung
- Umgang mit Rechten und Ermessensspielräumen in Behörden: **Willkür vermeiden**, vor allem in **Ausländerbehörden**; bestehende Rechte müssen auch ohne anwaltliche Hilfe zugestanden werden
 - Den direkten Austausch mit kommunalen Behörden und Integrationsbeiräten fördern
 - Respektvoller Umgang, freundliche und offene Haltung des Personals durch eine andere Behördenkultur
- Weniger Briefverkehr und mehr persönlicher Kontakt in **Behörden**
 - Bescheidwesen in leichte Sprache überarbeiten
 - Entbürokratisierung voranbringen
 - Dolmetscherdienste in Behörden o. zertifiziertes Übersetzungsgerät
 - Digitalisierung - Möglichkeit zur (online) Terminbuchung bei Behörden
 - Personalaufstockung in Ausländerbehörden
 - Feste Ansprechpartner*in als Hilfe bei Anträgen/Erklärung von Formularen
 - Im ländlichen Raum aufsuchende Dienste
- Aktiv gegen negative Bewertungen und Stereotypisierungen aufgrund des Äußeren eintreten; **Akzeptanz hinsichtlich des Tragens eines Kopftuches**.
- **Gleichbehandlung** zwischen unterschiedlichen Gruppen von Menschen mit Fluchterfahrung, beispielsweise aus der Ukraine und aus arabisch-afrikanischen Ländern; keine Hierarchisierung von Geflüchteten, von Menschen, egal woher sie kommen.
- **Freie Bildungs- und Berufswahl**, keine Lenkung von Bildungs- und Berufsbiografien aufgrund fehlender Zugänge und struktureller Diskriminierung im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt – gekoppelt mit fundierter Berufsorientierung. Schulbildung auch über 25 Jahren sowie Weiterbildungen ermöglichen.

- **Chancengleichheit hinsichtlich Bildung** fördern – ausländische Kompetenzen und Abschlüsse leichter anerkennen; internationale Bildungsk Kooperationen und Abkommen ausweiten und verbessern.
- **Lehrkräfte stärker für den Umgang mit Diversität und Vielfalt schulen** – durch Trainings zu interkulturellen Kompetenzen; Länder- und Religionsspezifisches Wissen, Sprachsensibilität; Sprachförderungen nicht kürzen.
- **Mehr sprachliche Flexibilität im beruflichen Kontext** – beispielsweise durch die Nutzung und Prüfungen in weiteren Sprachen, wie Englisch oder Nachteilsausgleich bei Ausbildungsprüfungen (mehr Zeit, Nutzung von Wörterbuch o.ä.); berufsspezifische Sprachkurse.
- Mobilität im ländlichen Raum fördern – **Finanzielle Unterstützung beim Führerscheinerwerb für Auszubildende** und damit den Wert der beruflichen Ausbildung fördern. Beispielsweise Ruf-Taxi oder Car-Sharing der Azubis fördern; Förderung des Führerscheins durch Jobcenter.
- **Migrantische Selbstvertretungsorganisationen im ländlichen Raum stärker fördern.**